

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1873**

28.5.1873 (No. 123)

# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 123.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)  
Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post bezogen  
1 fl. 52 kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 28. Mai

Insertionsgebühr:  
die gespaltene Zeile oder deren  
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Für den Monat Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement auf den Badischen Beobachter ergebenst ein.

## Sitzung der Nationalversammlung.\*)

Versailles, 24. Mai.

Alle Deputirte trafen mit dem Schnellzuge um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr in Versailles ein. Der Zug war 30 Wagen lang. In demselben befanden sich auch eine Masse Damen in großer Toilette. Von  $\frac{3}{4}$  9 Uhr an war der ganze Saal überfüllt und Schlag 9 Uhr waren alle Deputirten auf ihren Plätzen. Die Erregung ist groß, aber fast allgemein glaubte man noch an den Sieg von Thiers. Man commentirt vielfach einen Artikel der Republique Française, der sich über die Angriffe Dufaure's gegen die Radikalen hinwegsetzt, diesen sowohl wie überhaupt die Regierung belobt, daß sie die Lehren der Wahlen vom 27. April und 11. Mai verstanden, auf die Stimme der öffentlichen Meinung gehört, dieser nicht den Rücken gekehrt und die Nothwendigkeit der Republik erkannt habe. Ein Artikel des orleanistischen Salut blieb auch nicht unbemerkt, in welchem Hervé die Erklärung abgibt, daß, wenn Thiers gestürzt würde, die Anhänger des Grafen von Paris für jede Regierung eintreten werden, einerlei, ob sie aus Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten oder sogar Republikanern besteht, wenn dieselbe nur eine streng conservative Politik verfolgen werde. Man fand fast allgemein, daß das Organ der Prinzen etwas zu sehr in's Feuer gehe und sich, um die Bonapartisten zu gewinnen, doch etwas zu arg compromittire. Um 9 Uhr 20 Minuten bestrich Buffet die Tribüne. Thiers tritt um 9 Uhr 25 Minuten in den Saal. Alle Minister geben ihm das Geleite. Gleich darauf gibt Präsident Buffet Thiers das Wort und dieser bestiegt die Tribüne. Ungeachtet der Mühe, die sich Buffet gibt, die Ruhe herzustellen, ist der Lärm so groß, daß einige Minuten vergehen, ehe Thiers das Wort ergreifen kann. Endlich beginnt derselbe folgendermaßen: „Meine Herren! Die Versammlung wird gewiß nicht erstaunt sein, mich auf dieser Tribüne zu sehen. Ich bin der Kammer und dem Lande Erklärungen schuldig über die Politik, welche wir verfolgt haben und welche wir nicht verfolgen. Ich bin nicht allein verantwortlich; ich schulde meinen Kollegen, zu sagen, daß auch sie ihre Verantwortlichkeit haben. Sie sind mir mit überlegter Ergebenheit gefolgt. Sie sind also mit mir verantwortlich. Aber wenn es Jemand gibt, der für das geschehene Uebel verantwortlich ist, so bin ich es, an den man sich vor Allem wenden muß. Ich nehme also die ganze Verantwortlichkeit auf mich; ich nehme sie auf mich vor dem Lande, welches zuhört, vor Europa, das ebenfalls zuhört und welches weiß, welche ersten Interessen wir sicher zu stellen haben. Ich werde mich also klar über unsere Politik, ebenso wohl über meine Politik als die der Regierung erklären. Und ich werde mich mit dem Stolz eines ehrenhaften Gewissens und eines ergebenen Bürgers erklären.“ (Lebhafte Beifall auf der Linken.) Thiers erinnert alsdann an die Discussion in der Dreißiger-Commission, wo festgestellt wurde, daß er an allen Discussionen Theil nehme, die seine Verantwortlichkeit betreffen. Nur unter dieser Bedingung dürfe der Präsident der Republik das Wort in einer Debatte ergreifen. Er habe diese Debatte nicht ablehnen können. Ohne die Männer, welche die Staatsgewalt in ihren Händen bis auf's äußerste vertheidigen, zu tabeln, wollte er doch feststellen, daß er zu diesen Männern nicht gehöre. Man wisse in der That, daß er die Gewalt niemals gesucht. Er habe sie nur aus Patriotismus und unter Bedingungen angenommen, welche die Ausübung der höchsten Gewalt fruchtbar machten. Niemand werde ihm darin

widersprechen. „Sie haben ein Urtheil über meine Politik zu fällen; Sie fällen es nicht über meine Kollegen, sondern über mich; man muß dies offen heraus sagen. (Beifall auf der Linken.) Sie kennen die Folgen der Beschlüsse, die Sie ergreifen werden. (Beifall auf der Linken.) Es gibt keine Zweideutigkeit mehr. Sie werden mir gestatten, mich mit voller Aufrichtigkeit zu erklären, indem ich aber zugleich die Meinung Aller achte, denn das politische Gewissen ist das achtungswertheste, was es nach dem religiösen Gewissen gibt. Ich werde daher Allen das sagen, was nothwendig ist.“ Thiers wirft nun einen Rückblick auf die Lage, wie sie beim Aufhören des Krieges war, und thut dar, daß das Regieren damals sehr schwer gewesen sei. Die Spaltung sei nicht allein in der Kammer, sondern auch im Lande gewesen; man habe eine Einheit aus dieser Spaltung ziehen müssen, und man müsse ihm gestatten, hinzuzufügen, daß die Meinung, die sich in der Kammer kundgebe, gerade nicht die des Landes sei. (Lange Aufregung.) Es bestehe zuerst eine große Spaltung unter denen, welche die Monarchie, und unter denen, welche die Republik wollen. Beide sind in ihrem Recht und die Regierung kann nur streng unparteiisch zwischen beiden auftreten. Ja! die Monarchisten haben Recht, ihren politischen Glauben zu bewahren und die Republikaner haben das Recht, zu glauben, daß die Republik die nothwendige Regierungsform ist. Beide Parteien sind fast gleich stark. Die Wahl Martel's, bei welcher sein Gegner de Larcy fast eben so viel Stimmen hatte, wie er, beweisen dies zur Genüge. Außer dieser großen Spaltung besteht jede der beiden Parteien noch aus kleineren Fractionen. Es gibt mehrere Monarchien und mehr als eine Republik. Es gibt die beunruhigende und die beruhigende Republik. Für diese letztere hat sich die Regierung entschieden. Hierin liegt die Frage. Man hat oft gesagt, das Land sei nicht republikanisch. In den höheren Classen — ja! aber die Massen wünschen die Republik in ihrer großen Majorität. (Beifall auf der Linken.) Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf diese Lage. Man muß darüber nicht erschrocken sein. Die große Zahl ist für die Republik. Aber die Republik muß sich dadurch empfehlen, daß die, welche an ihrer Spitze sind, sich durch ein weises und kluges Auftreten auszeichnen. Einige haben begriffen, daß die Republik geduldig sein muß. Andere sind dagegen der Ansicht, daß die Republik nur möglich ist, wenn sie von den Republikanern, und zwar von ungeduldrigen Republikanern geführt wird. Und diese Männer sind schuld daran, daß wir noch immer nicht zu einer Regierungsform kommen können, welche der Instinct der Masse verlangt. Was bezwecken wir mit unserer Politik? Wir wollten eine Regierung der Eintracht inmitten der Parteien sein. Wir glaubten, daß dies besser sei, als die Regierung einer Partei zu sein. Wir begreifen eine Regierung, die unbarmherzig gegen die Unordnung in den Thatfachen, aber ruhig und verständig mit den Gemüthern ist. Was die Regierung einer Partei anbelangt, so können Sie versichert sein, daß sie nicht lange dauern wird. Man kann diese unparteiische Politik verachten, aber glauben Sie mir, es gehört mehr Muth dazu, einer Partei zu widerstehen, als ihr blindlings zu folgen. (Beifall auf der Linken.) Man hat dieser Politik Scepticismus vorgeworfen. Dieser Vorwurf ist nicht begründet. Der Präsident der Republik ist weder in der Philosophie, noch in der Politik Sceptiker, aber er glaubt, daß die Politik einer Partei unheilvoll für das Land wäre. Dieses war ihr Standpunkt und ist es auch heute noch. Der Präsident der Republik verlangt keine Erkenntlichkeit für die Vergangenheit. Er muß aber sagen, daß er Alles aufgeboten hat, um einen guten Gedanken zu hinterlassen. (Leichtes Murren auf der Rechten.) Ich habe diese Hoffnung: die Parteien können nicht über mich zu Gericht sitzen; aber die Geschichte wird euch richten. (Beifall auf der Linken.) Thiers wirft nun einen Blick auf die ersten und schmerzlichen Ereignisse, welche sich zutragen, ehe er zur Gewalt kam. Er

schildert die Lage während des Krieges und die nach dem Kriege. Frankreich habe damals weder eine Armee, noch Finanzen gehabt. Nicht die Demokratie, sondern die Demagogie habe von dem Süden und von Paris Besitz ergriffen gehabt. Und in Frankreich und in der Kammer habe der Zwiespalt bestanden. Man habe ihm das arme, verwundete Frankreich anvertraut. Man habe ihn an die Spitze der Republik gestellt. Er gebe die Republik zurück, wie er sich dazu verpflichtet; er habe keiner Monarchie dienen können, denn er würde sonst zwei verrathen haben (Beifall links); das Werk sei die Wiederherstellung der Finanzen und der Armee, die Befreiung des Gebiets, die Herstellung der Ruhe und die Eröffnung der Bahnen zu einem neuen Wohlstand gewesen. Man habe der Regierung vorgeworfen, daß sie Paris am 18. März aufgegeben. Sie habe damals nur 18,000 Mann gehabt. Bald habe man aber 150,000 Mann in's Feld stellen können. Man habe der Regierung vorgeworfen, auf die verführerischen Worte gehört zu haben, die aus Paris gekommen. Man habe verlangt, die Armee nicht nach Paris einzuziehen zu lassen. Wenn es Jemanden gebe, der Abscheu vor dem Blutvergießen habe, so sei er es, aber er habe ungeachtet der Ströme Blutes, die vergossen worden seien, widerstehen müssen. Und er, den man anklage, dem Communismus gegenüber gefällig gewesen zu sein, habe diese schreckliche, verabscheuungswürdige, aufrührerische Rote, wie er hoffe, auf lange Zeit niedergeworfen. (Lange anhaltende Aufregung.) Dieses ist, was die Regierung gethan hat, und als man das Resultat ihrer Bemühungen sah, setzte man sein Vertrauen auf diese Regierung. Die beruhigte Industrie nahm ihre Thätigkeit wieder auf; das Land fühlte sich wieder Herr seiner selbst, und gab sich durch die beiden prächtigen Anleihen kund, welche die Befreiung des Landesgebietes herbeigeführt. Und wo stehen wir heute? Vier Milliarden sind bezahlt; die Bezahlung der fünften ist gesichert, und am 4. Septbr. wird die Befreiung eine vollständige sein. Noch mehr! Was sehen wir im Auslande? Während finanzielle Krisen überall um uns herum ausbrechen, ist der Credit Frankreichs, ungeachtet seiner großen Kriegsschuld, nicht im Geringsten erschüttert. Man spricht von der Nothwendigkeit der materiellen Ordnung. Die materielle Ordnung besteht; sie ist gesichert Dank der Beruhigungspolitik, die man so scharf getadelt hat. Glaubt man, daß die Politique de combat (Bewegung) solche Resultate herbeigeführt? Was die nicht minder nothwendige moralische Ordnung anbelangt, so wird dieselbe hauptsächlich nur durch die gestört, welche im Namen derselben zu sprechen vorgeben. (Beifall links.) Uebrigens wird ein großer Schritt zur vollständigen Herstellung der moralischen Ordnung geschehen sein, wenn das Land aufhören wird, über die endgültige Regierungsform in der Ungewißheit zu sein. Darin liegt die Frage. Wir sind hier keine Monarchisten; wir sind Conservative, und wir haben eher das Recht, uns diesen Titel zu geben, als gewisse jüngere Personen, die hier mehr Worte zum Besten geben als Thaten. (Beifall auf der Linken.) Wenn Sie sagen, daß Sie nur Conservative sind und Sie nicht von monarchischen Gesinnungen besetzt sind, so glaubt man Ihnen nicht. (Lärm rechts. Beifall auf der Linken. Auf der Tribüne klatscht eine Dame Beifall.)

Präsident: Wenn man sich irgend eine Kundgebung auf der Tribüne erlaubt, so werde ich letztere räumen lassen.

Thiers: Wohlan! Ich gebe zu, daß wir alle Conservative sind; aber ich kann sagen, daß es Niemand mehr war, als ich. Ich könnte darthun, daß Sie mich bei mehr als einer Gelegenheit verlassen haben, wo ich die conservative Politik zur Geltung bringen wollte. Was mich betrifft, so habe ich mein Wort gehalten, aber ich mußte endlich einen Entschluß fassen, und ich habe mich für die Republik ausgesprochen. Wenn man sich in seinem Cabinet befindet, so kann man, wie Montesquieu, ruhig die Vortheile und Unbequemlichkeiten der Republik unter-

\*) Da sich jetzt alles politische Interesse auf Frankreich concentrirt, bringen wir die eingehenden Berichte der Kölnischen Zeitung über die entscheidende Verhandlung der Nationalversammlung zum Abdruck. D. Red.

suchen. Wenn man aber an der Regierung ist, so muß man einen Entschluß fassen. Seit beinahe 2 1/2 Jahren sind wir an der Regierung. Sie haben verlangt und gewollt, daß die Regierung eine provisorische sei. Man stellt uns den Pact von Bordeaux entgegen. Ich habe ihn gehalten. Das Land ist beruhigt, und ich habe mir vorbehalten, mich über die Regierung zu erklären. Die Einen wollen die Monarchie, aber welche? Es gibt deren drei. Die Andern wollen die Republik; man muß auch wissen, welche? Heute muß man im Interesse der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit aus dem Provisorium heraustreten, und nicht vergessen, daß, wenn man seiner Leidenschaft freien Lauf läßt, man die Leidenschaft der Uebrigen herausfordert. Die Regierung mußte endlich sagen, daß sie nicht länger in dieser Lage bleiben kann, und daß der Augenblick gekommen ist, wo man ein über Allen stehendes Princip feststellt. Man hat also einen Entschluß fassen und diesen der Versammlung vorlegen müssen, welche ihrerseits auch eine Meinung über diese Frage haben muß. Der Präsident der Republik ist übrigens fest überzeugt, daß die Republik eine Nothwendigkeit und die Monarchie eine Unmöglichkeit ist. Und dieses ist so wahr, daß die Monarchisten dieselbe noch nicht einmal gründen könnten, und nur als Conservative zu sprechen wagen. (Erregung.) Es ist also Zeit, daß man eine Regierung herstellt, die nicht jeden Tag unbestraft inultirt d. h. angefochten und beschimpft wird. Man wirft dem Präsidenten der Republik den Rücktritt einer seiner Minister vor. Dieser Rücktritt, welchen ich beklage, war nothwendig, weil die Regierung als homogenes Ministerium vor die Kammer treten mußte. Ich hatte der Kammer die Lösung der Frage in einer Botschaft vorgeschlagen, die man scharf mitgenommen hat. Nichts geschah aber in diesem Sinn. Wohlan! Der Augenblick ist gekommen, wo die Versammlung sich mit der Regierungsfrage zugleich über die vorbereiteten Gesetzeswürfe, deren Zweck die Herstellung der Republik auf wirklich conservativen Grundlagen ist, aussprechen muß. Diese Vorlagen wird die Versammlung lesen, beurtheilen und verbessern. Sie wird sehen, was damit zu thun ist. Was das allgemeine Stimmrecht anbelangt, so bin ich, einer der Urheber des Gesetzes vom 21. Mai, der Ansicht, daß man das allgemeine Stimmrecht reinigen, aber nicht verstümmeln darf, und daß die Wahlvertretung in zwei Kammern geschieden werden muß. Dieses sind die wesentlich conservativen Gesetzeswürfe. In dem Gesetz vom 30. habe ich mich selbst zum Opfer gebracht. Viele verständige Leute glaubten, es empöre sich der gesunde Menschenverstand; ich habe es aber doch angenommen (lange Erregung). Ich habe mich der Hoffnung, den Frieden zu erhalten, unterworfen. Indes ist es nothwendig, daß der Conflict aufhöre. Jergendwohin muß man doch die Macht verlegen. Der Präsident glaubt, daß in seinen constitutionellen Gesetzentwürfen das Mittel dazu gefunden sei; die conservative Politik, welche man verfolgen müsse, sei die, welche er verfolgt habe. Die Einen wollten die Republik nicht constituiren und sich für spätere Zeiten den Sieg ihrer Meinungen vorbehalten; Andere glauben nicht, daß die Versammlung eine constituirende sein könne. Wir glauben nicht, daß die conservative Politik die ist, der gegenwärtigen Republik den Charakter der Gesetzmäßigkeit zu geben, und sind der Ansicht, daß die Kammer so lange dauern muß, bis sie die constitutionellen Gesetze der conservativen Republik zu Stande bringt. Was die Wahlen vom 27. April und 11. Mai anbelangt, so verkenne ich deren Sinn nicht; aber ich muß Folgendes sagen: Ich glaube, daß die partiellen Wahlen im Allgemeinen schlechte Wahlen sind. Warum? weil sich eine so große Anzahl Conservativer der Wahl enthält. Wenn aber allgemeine Wahlen Statt finden, so bin ich überzeugt, daß wir Wahlen haben werden, die Niemand erschrecken. Wenn man die Bewegungen von 1848 ins Auge faßt, so hat man nicht das Recht, an seinem Lande zu verzweifeln. Man muß Alles ernsthaft, aber nicht tragisch aufnehmen. Man muß die Mittel ergreifen, um zu siegen, aber man muß nicht am Siege verzweifeln. Der Präsident der Republik verzweifelt nicht an dem Wohl des Landes, weil man Candidaten zurückweist, welche man für monarchisch gesinnt hält, und andere besonders deshalb ernennet, weil sie die Republik bekräftigten. Wenn der Wahlkörper erst einmal von der Sorge, die er jetzt hat, befreit ist, so wird er Conservative wählen. Die Regierung bringt ein Hilfsmittel für die Lage; wenn man ein besseres kennt, so möge man es sagen. Ich kenne keinen anderen Ausweg, als eine regelmäßige, rechtmäßige, unbestrittene Regierung oder die Dictatur. Die Dictatur? Will man diese? Der, welchem man sie anbietet, wird sie annehmen! (Erregung.) Aber ver-

geffen Sie nicht, daß die Dictatur der großen Männer uns zu Grunde gerichtet hat. Die Dictatur der kleinen Männer wird uns auch zu Grunde richten, und dabei hätten wir nicht einmal den Ruhm; denn 1815 wurden wir auf glorreiche Weise besiegt. Sie wissen, wie man uns 1870 besiegte. Wenn Sie unser Mittel nicht annehmen, so müssen Sie zwischen zwei Extremen wählen: zwischen denen, welche die Republik nicht constituiren wollen, und denen, welche eine constituirende Versammlung wollen, um ihre Doctrinen zur Herrschaft zu bringen. Möge man es nicht vergessen, daß nur unser Mittel die Lösung geben kann! Man sagt uns, daß wir die Protegiten des Radicalismus sind, daß wir auf traurige und lächerliche Weise enden werden. Ich antworte, daß man uns mit etwas mehr Wohlwollen, mehr Anstand hätte behandeln können. Möge mir der Herzog von Broglie gestatten, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und ihm zu sagen, daß, wenn die Majorität diejenige ist, welche er sich wünscht, er ebenfalls protegirt werden wird, aber von wem? Von dem, den der alte Broglie, sein Vater, mit Absicht zurückgewiesen hätte, vom Kaiserreich. (Nach diesen Worten steigt Thiers von der Tribüne herab. Doppelter Beifallssturm auf der Linken. Murren auf der Rechten. Lange anhaltende Erregung.)

Bu f f e t: Nach dem Wortlaut des Gesetzes vom 15. März 1873 muß die Sitzung aufgehoben werden, nachdem der Präsident gesprochen hat.

Die Versammlung bestimmt dann, daß die nächste Sitzung um 2 Uhr Statt finde, und sie trennt sich um 11 1/2 Uhr in höchster Aufregung.

Versailles, 24. Mai, Nachmittags.

Die Aufregung, welche nach dem Schluß der heutigen Sitzung in Versailles herrschte, war eine furchtbare. Die Rede von Thiers hatte den größten Theil der Rechten ganz wild gemacht. Besonders war Broglie ganz außer sich und spie Feuer und Flammen. Die Worte, mit denen Thiers seine Rede schloß, waren übrigens auch ganz geeignet, ihn in die höchste Wuth zu versetzen, da seine Großmutter nicht allein, sondern auch sein Vater zu den entschlossensten Gegnern des „Empire“ gehörten. Gleich nach Schluß der Sitzung trat das rechte Centrum zusammen — die Herren nahmen sich kaum die Zeit, etwas zu essen —, um über die Lage zu berathen. Wie es heißt, beschloßen sie, auf die Angriffe des Herrn Thiers nicht zu antworten und dieses unter ihrer Würde zu halten. Während der Pause zwischen den beiden Sitzungen frühstückten Deputirte und Zuschauer. Die Erregung ist groß. Man findet allgemein, daß Thiers an Anhängern verloren hat. Kurz vor der Sitzung promentiren viele Deputirte im Park, auch die beiden Prinzen von Orleans, Annale und Joinville. Sie scheinen ganz guter Laune zu sein.

Die zweite Sitzung wurde um 2 Uhr 30 Min. eröffnet. Thiers war nicht anwesend. Er hatte beim Schluß der ersten Sitzung bei Buffet angefragt, ob er zurückkommen könne. Derselbe stützte sich auf das Dreißiger-Gesetz, um es ihm zu verweigern. Das Publikum im Saale ist ungefähr dasselbe, wie in der ersten Sitzung. Die fremden Botschafter und Gesandten sind alle anwesend. Es fehlen nur der deutsche Botschafter und der päpstliche Nuncius. Frau Thiers und Fräulein Dosne sind ebenfalls wieder anwesend. Sie sehen beide etwas angegriffen aus. Alle Minister sind schon vor 2 Uhr anwesend. Die Debatte begann damit, daß von allen Seiten der Ruf ertönte: „Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!“ Casimir Perier läßt sich aber dadurch nicht abhalten, die Tribüne zu besteigen, um, wie er sagt, Erklärungen über die Politik des Cabinets zu geben. Er kann nicht zugeben, daß, wie Herzog von Broglie gesagt, der Eintritt der Herren Berenger und Waddington so wie der seinige in das Cabinet ein Schritt zum Radicalismus sei. Man kenne ihn, und er wolle, daß man ihn für das nehme, was er sei. Er sei Mitglied des rechten Centrums gewesen, er gestehe dieses offen ein (Gelächter), aber er sei aus demselben ausgetreten, als sich dasselbe mit der Rechten vermengt habe. Der Herzog von Broglie habe von „Dupirten“ gesprochen, aber er frage, wo die Dupirten eigentlich seien. Das neue Ministerium müsse ein Pfand für die Republik sein. (Beifall auf der Linken; Murren rechts.) Die Regierung müsse Muth und Festigkeit zeigen, und sie werde diese zeigen. Er werde die ihm gewordene Aufgabe mit Entschlossenheit vertheidigen. Das Provisorium habe lange genug gedauert; Frankreich begreife, daß es endlich eine endgültige Regierung haben müsse. Wenn man die jetzige nicht haben wolle, so möge die Rechte eine andere endgültige Regierung ernennen, denn ohne eine solche sei der Sieg des Radicalismus sicher. Als er in das Cabinet eingetreten sei, habe er ein vollständiges Programm

vorgefunden; dieses sei seinen Ansichten vollständig gemäß gewesen, sonst wäre er nicht in das Cabinet getreten. Das Cabinet sei die Beruhigung der Parteien und die Annahme der neuen constitutionellen Gesetze. Wenn man dieselben verweigerte, so würde die Zukunft entscheiden, wer die Verantwortlichkeit für die Verwerfung derselben tragen werde. Nachdem Perier geendet, verlangt man wieder den Schluß der General-Debatte, der auch bewilligt wird. Ernoul beantragt darauf Tagesordnung in folgender Form: „Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß die Form der Regierung nicht in Frage ist und daß es darauf ankommt, das Land durch das Ueberwiegen einer entschlossenen conservativen Politik zu beruhigen, bedauert, daß die neuen (Cabinets-) Aenderungen den conservativen Interessen nicht die Gemüthung gegeben haben, die sie zu erwarten berechtigt waren.“ Denormandie (linkes Centrum) verlangt die einfache Tagesordnung, denn der Sturz der Regierung des Herrn Thiers würde furchtbare Folgen haben. (Lang anhaltender Lärm. Denormandie kann nicht weiter sprechen.) Dufaure (Justiz-Minister) besteigt die Tribüne und erklärt, daß die Regierung, die jedoch gegen die Commentare des Herrn Denormandie Einspruch erhebt, die einfache Tagesordnung annehme. (Große Erregung.) Dieselbe wird aber, wie bereits gemeldet, von 362 gegen 348 Stimmen verworfen. Dieses Schweigen im ganzen Saale. Justizminister Dufaure erhebt sich von der Ministerbank und verläßt den Saal. Broet bringt eine Tagesordnung ein. Der Ernoul'sche Antrag wird mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen. Das Weitere bekannt.

## Deutschland.

Karlsruhe, 27. Mai. S. R. H. der Großherzog haben unterm 21. d. M. anädigt zu genehmigen geruht, daß der großh. Obingenieur Bürtlin auf sein Ansuchen seiner bisherigen Funktionen bei der Verwaltung der Main-Neckar-Bahn in Heidelberg enthoben und in der Stellung eines Eisenbahnbau-Inspektors bei der großh. badischen Eisenbahnbau-Verwaltung verwendet werde.

Karlsruhe, 25. Mai. Die „Karlsruher Zeitung“ bringt in ihrer gestrigen Nummer wieder einmal einen ihrer Artikel „Aus dem Elsaß“. Ob sie, ganz abgesehen davon, daß diese Artikel ihren Ursprung an der Stirne tragen, damit der von ihr zu vertretenden Sache auch von ihrem Standpunkte aus einen wirklichen Dienst leistet, muß doch ihr selbst Anfangs zweifelhaft erscheinen. Oder will sie uns in der That glauben machen, daß die insbesondere von Windthorst unwiderlegt, weil unwiderleglich vorgebrachten Beschwerdepunkte — im Artikel mit seltener Dreistigkeit als auf „offenbar falschen Thatsachen“ beruhend bezeichnet, wie selbst Fürst Bismarck nicht zu thun versuchte, in dessen Erwiderungsrede dagegen trotz aller angewandten Ironie nur zu deutlich überall das Gefühl und Bewußtsein des gänzlichen Fiascos der bisherigen Verwaltung und deren Unpopularität durchleuchtet, — im Elsaß nur ganz vereinzelt „hie und da“ zum Ausdruck kommen und nicht vielmehr vom weitaus größten Theil der Bevölkerung getheilt werden, und daß die künftigen elsässischen Reichstags-Abgeordneten auf nichts Anderes sinnen werden, als über Jeden herzufallen, der es wagen sollte, die nur bei einzelnen grollenden Ultramontanen und preußenhassenden Demokraten unbeliebte Reichsregierung und Verwaltung anzugreifen?! Gerade das angeführte Beispiel des angeblich beschränkten und verwirrten Opponenten zeigt, wenn es nicht erfunden, recht deutlich, wie verhältnißmäßig leicht es gewesen wäre, die Sympathie dieser deutschen Bevölkerung zu gewinnen, sie von den Franzosen hinweg und wieder zu Deutschland zu ziehen, und nur einem preussischen Professor oder Beamten kann es gelingen, einen unlöslichen Widerspruch darin zu finden, daß man sich von den Franzosen abgestoßen und doch nicht zu einer Verwaltung, wie sie sich im Reichsland inauguirte, hingezogen fühlen kann. — Eine Klärung der Verhältnisse und Köpfe, zuerst aber der letzteren über das, was das elsässische Volk im reinen Interesse des Landes will und bedarf, wäre allerdings wünschenswerth; aber zu solcher Klärung scheint wenig Aussicht vorhanden, und so werden wir in Elsaß-Lothringen noch lange statt eines moralisch wiedergewonnenen schönen deutschen Landes eine — wie Fürst Bismarck selbst unverblümt zugegeben — militärisch occupirte, sonst uns fremd und abgeneigt bleibende Provinz haben.

Constanz, 25. Mai. Wir hören, hat das Oberhofgericht in Mannheim die Beschwerde der Herren Dr. Schachleiter und Edelmann abgewiesen und

daß sie also nächsten Monat vor dem Schwurgericht über die Gaienhofen Rede sich zu verantworten haben. (Fr. St.)

→ Freiburg, 25. Mai. Die liberalen Zeitungen hatten es nicht fehlen lassen, auf das Himmelfahrtsfest fleißig zum altkatholischen Gottesdienst einzuladen und auch die Karlsruherin hat etwas Namhaftes erwartet. Und siehe da 150 abgezählte Köpfe war Alles, was von Protestanten und Katholiken bei einer Bevölkerung von 26000 Einwohnern und aus naher und weiter Entfernung aufgetrieben werden konnte. Die Landeszeitung berichtete jüngst, daß der Altkatholicismus im ehemaligen Mittelrheinkreis freilich keine großen Ausichten habe, aber die Ausichten für denselben sind oben, unten und mitten im Lande ganz dieselben. Unter den hunderten von Sekten, welche schon über die Schaubühne der Geschichte marschirten, ist der Altkatholicismus wahrlich die traurigste; da haben die Sekten, welche oft Schuhmacher in Amerika gründeten, doch ein anderes Leben als was deutsche Professoren in ihrem Laboratorium zusammenkneten. Vom Liberalismus erzeugt und in der Loge auf die Welt gekommen, ist die Sekte erst zwei Jahre alt und ist schon — alt. Der zarte Sprößling ist zu früh an die Kirchenluft gekommen und wird sich von der tödtlichen Erkältung nicht so leicht erholen, obgleich dem Patienten aus der Freimaurerküche allerlei Schauffements und feine stärkende Speisen hinreichend zukommen.

Als Reichsvater hat Michelis entschieden kein Renommé, denn obgleich er Reich verkündete und die liberalen Zeitungen Gelegenheit zur Reich anzeigen, hat sich dem altkatholischen Reichsvater auch nicht ein einziges altkatholisches Pfarrkind präsentirt. Die altkatholischen Pfarrkinder sollen sogar ihrem Vater gram sein, daß er jedesmal das heillose Reich — das altkatholische Sauve qui peut — verkündet. Wozu Sünden beichten, wenn keine da sind?

Strasburg, 23. Mai. Es kann uns nur freuen, wenn der Reichskanzler sich angelegentlich mit unsern Angelegenheiten beschäftigt, und wir sind ihm von Herzen zu Dank verpflichtet, daß er auch in Elsaß-Lothringen ein wenig Umschau halten will. Leider aber scheint Fürst Bismarck für diese Umschau nicht den günstigsten Standpunkt gewählt zu haben; der freie Blick scheint durch eine Nebelschichte gehindert. Um Elsaß zu verstehen, um unsere Bedürfnisse richtig zu beurtheilen und unsern Wünschen gerecht zu werden, muß man vor allem sich der Unbefangenheit befleißigen, und diese scheint dem Reichskanzler zu fehlen. Er erklärt indessen, daß die Dictatur am 1. Januar 1874 aufhören werde, und dies zu hören ist uns sehr angenehm. Warum auch sollte diese Dictatur noch länger aufrecht erhalten werden? Etwas Gutes hat sie uns noch nicht gebracht, wohl aber hat sie vielen Unsegen gestiftet. Nur durch die Dictatur ist es möglich gewesen, angefehene friedliebende Bürger des Landes zu verweisen und den ersten Generalvicar von der Seite seines greisen Bischofs weg in die Verbannung zu schicken. Nur durch die Dictatur ist es möglich gewesen, unsern Bürgermeister seines Amtes zu entsetzen, die Katholiken fort und fort zu beunruhigen und katholischen Blättern unser Land zu sperren. Dies sind die Früchte der Dictatur; dies Alles aber hat einen sehr schlimmen Eindruck auf die Bevölkerung gemacht, und wenn heute noch beinahe das gesammte Elsaß der deutschen Verwaltung abhold ist und von Deutschland nichts wissen will, so trägt nur die Dictatur die Schuld daran. Die Erfahrung lehrt, daß man ein von den Folgen des Krieges schwer heimgefügtes, gebeugtes Volk nicht durch Ausnahme-gesetze für den neuen Herrn gewinnt; Ausnahme-gesetze und dictatorische Maßregeln machen dasselbe vielmehr dem Sieger abgeneigt. Will man uns gewinnen, so muß eine mit Alt-Deutschland gemeinsame Gesetzgebung hergestellt, eine gerechte Vertheilung der Lasten getroffen, der gemeinsame Genuß der Vortheile geboten und eine allgemeine Rechtssicherheit eingeführt werden. Alles dies aber hat man bei uns außer Acht gelassen, und so stellten denn die traurigen Folgen eines solchen Systems sich alsbald von selbst ein. Nun endlich scheint man höhern Ortes einzusehen (?), daß man den richtigen Weg nicht eingeschlagen habe. Die Dictatur soll am 1. Januar des nächsten Jahres ihr Ende erreichen. Für diese Zusicherung sagen wir dem Herrn Reichskanzler unsern besten Dank; möge er sich überzeugt halten, daß die Erfüllung dieser Zusage mehr noch im Interesse der Verwaltung, als im unserigen geboten ist, und so leben wir denn auch der Hoffnung, daß der Reichstag ein anderes nicht beschließen wird. Im Uebrigen haben uns die Auslassungen des Fürsten Bismarck zum Schluß seiner Rede, wo er von „ultramontanen Agitationen“

sprach, höchlichst überrascht. Daß national-liberale Blätter, wie die „Rhein. Ztg.“, die „Allg. Ztg.“ u. a. von diesen angeblichen „ultramontanen Agitationen“ eines Längern und Breitern zu erzählen wissen, setzt uns nicht in Verwunderung; wohl aber müssen wir erstaunen, wenn ein Mann in so hoher Stellung wie Fürst Bismarck zu solchen Argumenten seine Zuflucht nimmt. Von „ultramontanen Agitationen“ wissen wir im Elsaß nichts; wir kennen solche nicht. War aber der Reichskanzler von der Existenz derartiger Agitationen überzeugt, so hätte er sie rücksichtslos an das Tageslicht ziehen sollen. Welche Belege aber brachte er für diese Behauptung? Gar keine. Was der Reichskanzler „ultramontane Agitationen“ nennt, ist eben nichts anderes als die Manifestation des katholischen Bewußtseins, als der Eifer, mit welchem die Katholiken ihre Rechte hier wie überall vertheidigen. Weder in Strasburg, noch in Colmar, noch in Mühlhausen, weder in den Städtchen noch auf dem Lande, weder in der Schule noch in der Kirche sind „Agitationen“ vorgekommen. Der Strasburger Gemeinderath war unzufrieden, daß man den Kindern das Erlernen der französischen Sprache in den Schulen untersagte; war das eine „ultramontane Agitation“? Die Landleute waren höchst unzufrieden damit, daß man schon jetzt das preussische Militärgesetz bei uns in Anwendung brachte; sie waren unzufrieden mit dem Weinsteuergesetz und entrüstet über die in Aussicht gestellte Tabaksteuer: waren dies wohl „ultramontane Agitationen“? Die Katholiken fanden sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, weil man sie zwingen wollte, ihre Kinder in die protestantischen Schulen zu schicken, und dies sogar in jenen Dorfschaften, wo die Einwohner überwiegend katholisch sind: war dies etwa eine „ultramontane Agitation“? Ja, wenn man das „Agitationen“ und obendrein noch „ultramontane Agitationen“ nennen will, dann helfe uns Gott! So wäre dann die Rechte und Interessen der Religion und der Kirche vertheidigen nichts als „ultramontane Agitation“. Ueberall im Elsaß sehe ich Unruhe, Mißstimmung und Unzufriedenheit, nirgends aber eine ultramontane Hand, die solches Feuer schürt. Mißstimmt und enttäuscht ist die Frucht des vom Reichskanzler besorgten Systems; die „Ultramontanen“ hingegen sind sehr unschuldig daran. Dies Verdienst gebührt vielmehr ausschließlich der „liberalen“ Verwaltung. (R. B. B.)

Berlin, 26. Mai. Der Bundesrath verhandelte gestern die Vertheilung der Entschädigung für Kriegskosten auf die Staaten des früheren Norddeutschen Bundes. Angefichts der im Reichskanzler-Amt und Bundesrath überwiegenden Stimmung ist jetzt die Erledigung aller wichtigen Gesetze, namentlich auch des Heeresgesetzes, vor einer längeren Vertagung oder einem Schluß der Session sehr wahrscheinlich.

Der Kaiser besuchte gestern Nachmittag Lady Clarendon, Schwiegermutter des englischen Botschafters, die auf der Reise nach Teplitz hier anwesend ist, auf der Botschaft. Das gefrige officielle Diner bei Lord Otto Russell war sehr glänzend. In Abwesenheit des wegen Unwohlseins entschuldigten Reichskanzlers brachte der Oberst-Kämmerer Graf Redern den Toast auf den Kaiser so wie die vertretenden Souveraine und Staaten. — Bezüglich der französischen Ereignisse herrscht allgemein die Ueberzeugung, die Mächte würden sich nicht einmischen, so lange sich Frankreich selbst der Einmischung in Spanien und Italien enthalte.

Berlin, 26. Mai. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung die Verathung des Reichshaushalts-Etats begonnen. Staatsminister Delbrück gab ein summarisches Bild der Finanzlage und einen Ueberblick über die Verwendung der gesammten Kriegskontribution. Minister von Ramecke machte die Zusage, daß er eine Uebersicht über die Verwendung des Militärpauschquantums geben werde. Die weitere Verathung wurde um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr auf morgen vertagt.

### Ausland.

Bern, 24. Mai. Der Regierungsrath hat seine Ermächtigung gegeben, daß mit den Arbeiten an der Surabahn begonnen werden kann und ist die Constatirung der Surabahn-Gesellschaft damit definitiv vollendet. In der heutigen Versammlung des Verwaltungsraths der letzteren wurden Nationalrath Marti, Regierungsrath Josthain und Jules Grandjean in Neuenburg zu Directoren, und Emil Ducumun zum Directionssecretär gewählt.

Paris, 25. Mai, 7 Uhr Abends. Das Gerücht, daß die Deputirten der Linken ihre Demission gegeben hätten, scheint der Begründung zu ent-

behren. Auf dem Boulevard wurde neue Anleihe bis 8925 gehandelt. Letzter Cours 8905. Die Truppen von Paris und Versailles sind con-signirt, doch sind nirgends Anzeichen einer Aufregung wahrzunehmen. Auch in den Departements herrscht nach den eingegangenen Nachrichten vollständige Ordnung. Die gemäßigten Linke beschloß in einer heute stattgehabten Versammlung, den republikanischen Blättern Ruhe, Mäßigung und Achtung vor dem Gesetz anzuempfehlen. Die conservativen Blätter zollen der Ernennung Mac Mahons Beifall, die republikanischen führen eine sehr zurückhaltende Sprache. Die französischen Gesandten zu Bern und Athen haben ihre Entlassung gegeben.

Paris, 25. Mai. Vollständige Ruhe. Die Deputirten der Linken haben den Departements telegraphisch Ruhe anempfohlen. Thiers scheidet nicht aus dem politischen Leben. Die Gerüchte von einem Massenaustritt der republikanischen Deputirten sind ganz falsch.

Paris, 26. Mai. „Debats“, „Temps“, „Soir“ und selbst „Siècle“ anerkennen die Legalität des parlamentarischen Sieges. Sie rathen den Siegern zur Mäßigkeit, zur Heilighaltung der Republik, da bei Umsturzversuchen der Bürgerkrieg sonst unvermeidlich folgen müßte. Gesamtfrankreich ist ruhig.

Paris, 26. Mai. Die Truppen waren am letzten Samstag der „Agence Havas“ zufolge aus Vorsicht con-signirt; seit gestern aber ist die Bereitschaft aufgehoben. Paris hat vollkommen das gewöhnliche Aussehen wiedergewonnen, in den Departements ist die Ordnung nirgends gestört worden. Man hofft auf einen großen Aufschwung der Arbeit.

Paris, 26. Mai. Das Journal officiell veröffentlicht die Bildung des neuen Cabinets. Ernannt wurden: Broglie Auswärtiges, Ernoul Justiz, Beulé Inneres, Magne Finanzen, Dompierre Marine, Batbie öffentlicher Unterricht und Cultus, Deseilligny Arbeiten, La Bouillerie Handel, Cussy Krieg, doch nur interimistisch. Pascal wurde wieder zum Staatssecretär für's Innere ernannt.

Thiers wird erst morgen die Präfectur von Versailles verlassen.

Paris, 26. Mai. Mac Mahon schrieb einen Brief an den deutschen Kaiser. Bazaine bittet in einem Briefe an Mac Mahon um Aburtheilung. Admirant ersetzt Mac Mahon in seiner bisherigen Stellung, Douai ersetzt Admirant.

Paris, 26. Mai. Dem Vernehmen nach geht die Regierung mit der Absicht um, die Nationalversammlung zu vertagen. — Der erste Theil der jetzt fälligen Ratenzahlung auf die Kriegsschuldung besteht in 50 Millionen Gold und 20 Millionen Silber.

Haag, 24. Mai. Bei der gestrigen Verathung des Gesetzentwurfs über die Bewilligung eines Credits von 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen zur Fortsetzung der Expedition gegen die Chinesen richtete der Abg. Nierstraß in der zweiten Kammer eine Anfrage an die Regierung, ob die vor Kurzem aus Singapore von privater Seite telegraphisch gemeldete Nachricht, daß 100,000 Battaks im Anmarsch auf Deli (Niposten von Sumatra), begründet sei. Der Minister für die Colonien Franssen van de Putte, erwiderte, daß er die Meldung weder bestätigen noch entkräften könne; zwei Tage, bevor das angegebene Telegramm eingetroffen sei, habe die Regierung eine Depesche erhalten, in der jenes Gerüchts keine Erwähnung geschehen sei. Aus der amtlichen Correspondenz, welche über die Angelegenheit von Deli vorliege, lasse sich kein Grund entnehmen, der den Bewohnern zur Unzufriedenheit oder überhaupt zu Unruhen hätte Veranlassung geben können.

Haag, 24. Mai. Die zweite Kammer hatte heute den für die Expedition gegen Atchin geforderten Credit von 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. mit allen gegen eine Stimme bewilligt. Der Minister für die Colonien zeigte an, es sei ihm inzwischen vom Generalgouverneur von Holländisch-Indien eine um zwei Tage später, als das bereits erwähnte Telegramm von Singapore datirte telegraphische Nachricht zugegangen, in welcher auch nicht einmal das Gerücht von einer Bewegung gegen Deli erwähnt werde.

### Notales.

(Baden, 25. Mai. Heute und den vorigen Sonntag gab es hier und in unserer Umgebung doch auch wieder einmal etwas Bewegung. Vor 8 Tagen waren bei Gelegenheit des 25jährigen Stiftungsjubiläums unserer freiwilligen Feuerwehr circa 800 auswärtige Pompiers hier; heute führte uns ein Vergnügungszug bei 1000 Gäste aus Mannheim zu. Es erinnert uns dieses so etwas an unsere alte Frequenz; indessen fehlen uns die besseren Ausichten auf die Zukunft.

Für die arme Familie in St. Blasien sind eingegangen von Ungenannt 1 fl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Wiffing.

